

Ort des Grauens

Neue Dauerausstellung im ehemaligen NS-Kriegsgefangenenlager Sandbostel / Eröffnung mit Zeitzeugen



Die Baracken von Sandbostel gelten als einmaliges Ensemble historischer Lagerbauten.

FOTOS: DPA

Es ist eine der wenigen Gedenkstätten am Ort eines NS-Kriegsgefangenenlagers in Deutschland: In Sandbostel im Landkreis Rotenburg informiert eine neue Dauerausstellung über den Schreckensort. Hier starben Menschen aus der ganzen Welt.

VON DIETER SELL UND LARS FISCHER

Sandbostel. Fast genau 70 Jahre ist das Martyrium von Chasansch Zhanokow her. Im April 1943 starb der Rotarmist vom Nordrand des Kaukasus wie viele andere Soldaten im NS-Kriegsgefangenenlager Sandbostel. Seine Frau wusste nichts über das Schicksal ihres Mannes, der nur 40 Jahre alt wurde. Lange trocknete sie mit einem Taschentuch ihre Tränen. Genau dieses besondere Stück Stoff ist nun in einer neuen Dauerausstellung zu sehen, die Kulturstasminister Bernd Neumann (CDU) und Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) gestern eröffnet haben.

Der Sohn des Russen, Zaudin Zhanokow, hat das Tuch auf den Spuren seines Vaters vor zwei Jahren nach Sandbostel gebracht. Am Tag der Eröffnung der neuen Daueraus-



Lebensgroße Fotografien von einstigen Insassen bereichern die Ausstellung.

stellung ist der heute 73-Jährige aus der 3200 Kilometer entfernten Kleinstadt Argudan in der russischen Republik Kabardino-Balkarien wieder in Sandbostel.

Hans Engel wurde am 29. April 1945 29 Jahre alt. Vergessen hat er diesen Tag nie. Als britischer Militärarzt erreichte er damals das Kriegsgefangenen- und KZ-Aufanglager Sandbostel. Er war beim Feldzug in der Normandie dabei, seine Einheit hatte über 8000 Verwundete zu beklagen, doch die Bilder, die der junge Arzt im Moor bei Bremervörde mitansahen musste, haben ihn nicht mehr losgelassen. 3000 Leichen lagen dort einfach herum. „War der Krieg das Fegefeuer, dann war das die

Hölle, das Inferno“, sagte der heute 97-Jährige in seiner beeindruckenden Rede.

Auf dem 3,2 Hektar großen Areal der heutigen Dokumentations- und Gedenkstätte steht ein einzigartiges Ensemble historischer Lagerbauten. Es ist eine der wenigen Gedenkstätten am Ort eines ehemaligen Kriegsgefangenenlagers in Deutschland. Bund, Land, Kreis und die Reemtsma-Stiftung haben rund 1,4 Millionen Euro investiert. Baracken wurden vor dem Verfall gerettet, in zwei Gebäuden ist die Ausstellung untergebracht. Ein Team von vier Wissenschaftlern hat in mehr als zweijähriger Arbeit erforscht, was an diesem Schreckensort der Wehrmacht passiert ist. Jetzt

gibt es nachprüfbar Zahlen. „Geholfen hat uns, dass wir erstmals Zugang zu Archiven in Frankreich, Belgien und Russland hatten“, sagt Projektleiter Andreas Ehresmann, der seit 2007 in Sandbostel arbeitet.

Dokumentiert ist nun das Schicksal von 313000 Menschen aus mehr als 55 Nationen, die im Stalag XB, wie das NS-Lager offiziell hieß, interniert und als Zwangsarbeiter eingesetzt wurden. Die Nazis hatten im Lager eine perfide Hierarchie eingerichtet. Amerikaner und Briten standen an der Spitze, ganz unten waren Polen, Italiener und schließlich die sowjetischen Gefangenen – Männer wie Chasansch Zhanokow. Während die einen nach den Genfer Konventionen behandelt wurden, verweigerte die Lagerleitung den anderen fast alles.

Unter den nachweislich rund 5200 toten Kriegsgefangenen sind die Sowjets mit allein fast 4700 Opfern die bei weitem größte Gruppe. „Wahrscheinlich ist die Zahl der Toten viel höher“, fügt Ehresmann hinzu. Mit Dokumenten, Fundstücken, Texten, Fotos, Ton- und Videodokumenten – darunter vielen Zeitzeugenaussagen – spürt die neue Ausstellung multimedial dem Schicksal der Opfer nach.

Über Jahrzehnte war das nicht möglich, eine Gedenkstätte am Ort des Grauens war politisch nicht mehrheitsfähig. Die Geschichte wurde lange verdrängt. Bürgerinitiativen lehnten sich dagegen auf. Doch den Durchbruch brachte erst 2004 die Gründung der „Stiftung Lager Sandbostel“. Zum Gedenken gehört nun in einem zweiten Teil der Ausstellung auch die Nachkriegsgeschichte. Nach der Befreiung errichteten die Briten ein Internierungslager für SS-Angehörige. Später wurde Sandbostel Strafgefängnis und Notaufnahmelager für DDR-Flüchtlinge, schließlich Bundeswehrdepot. „Immer gab es hier das Prinzip Lager“, so Ehresmann.

KOMMENTAR

Ein Ende des Schweigens

VON PETER MLODOCH

Ganze drei Worte brachte Kulturstasminister Bernd Neumann, um Schrecken und Erbe des Lagers Sandbostel prägnant zu beschreiben: Tatort, Erinnerungsort, Lernort. Eine Million Kriegsgefangene und Tausende von KZ-Häftlingen hatten die Nationalsozialisten hier im heutigen Landkreis Rotenburg interniert, sie schikanieren, gequält, viele in den Tod getrieben.

Seit gestern, dem 68. Jahrestag der Befreiung durch die Briten, wird in der Gedenkstätte angemessen und würdevoll an dieses Leid erinnert. Jahrzehnte hatten Politiker und Menschen aus der Region die Nazi-Verbrechen vor ihrer Haustür verdrängt und totgeschwiegen, das geschichtsträchtige Gelände gar weitgehend

in ein Gewerbegebiet verwandelt. Es bedurfte zäher Arbeit und ethischer Streitschlichtungen, aber auch des Mutes vieler Beteiligten, um Baracken und andere Gebäude zu retten und für die Nachwelt zu erhalten. Die Eröffnung kam gerade noch rechtzeitig, bevor auch die letzten Zeitzeugen sterben und nicht mehr selbst von den Gräueltaten berichten können.

Ein authentischer Ort wie Sandbostel muss und wird diese Erinnerung wachhalten, muss und wird begreiflich machen, wohin Hass, Rassenwahn und Kriegstreiberi führen können. Und – nicht zuletzt mit Blick auf die Mordserie der Terrorgruppe NSU – eine Mahnung sein, dass solche Verbrechen nie wieder passieren dürfen. norddeutschland@weser-kurier.de

Tod nach dem Gottesdienst

Küsterin erschossen / Ehemann kommt wegen Mordes vor Gericht

Braunlage (wk). Nach dem Mord an der Küsterin von Braunlage kommt der frühere Ehemann jetzt vor Gericht. Dem 54-Jährigen wird vorgeworfen, die sechs Jahre jüngere Frau Ende 2012 nach dem Gottesdienst auf dem Gelände der katholischen Kirche des Oberharzer Ferienortes erschossen zu haben. Der Mann habe sich laut Anklage für die von der Frau eingereichte Scheidungsklage rächen wollen, teilte das Landgericht Braunschweig gestern mit. Der Prozess gegen den inzwischen in der Psychiatrie untergebrachten Mann soll am kommenden Freitag beginnen.

Zuvor habe der Angeklagte eine bei der Mutter lebende gemeinsame minderjährige Tochter für einen Mordversuch miss-

braucht. Er habe dem Mädchen aufgetragen, der Mutter ein in höheren Dosen tödlich wirkendes Medikament als vermeintlichen Zucker in die Nahrung zu mischen. Nachdem das Kind das Pulver regelmäßig in Heißgetränke der Mutter gemischt hatte, habe die Frau schwere Schwindelanfälle erlitten. Das Mädchen sei dann missbraucht worden und habe die Zugabe der Substanz unterlassen.

Nach diesem gescheiterten Mordversuch habe der Mann der 48-Jährigen dann am 16. November vergangenen Jahres nach dem Gottesdienst mit einem Gewehr aufgelauert und sie durch einen gezielten Kopfschuss aus zwei Metern Entfernung getötet.

Schwerer Kindesmissbrauch

Familienvater zu sechs Jahren und drei Monaten Haft verurteilt

Kiel (wk). Für den jahrelangen sexuellen Missbrauch von fünf Freundinnen seiner kleinen Tochter muss ein Familienvater sechs Jahre und drei Monate ins Gefängnis. Die Jugendstrafkammer des Kieler Landgerichts sprach den Angeklagten gestern in 17 Fällen schuldig. Sechs davon wertete sie als schweren Kindesmissbrauch. In weiteren 21 Fällen wurde der Mann freigesprochen, weil diese Taten nicht eindeutig nachgewiesen werden konnten.

Der 50-Jährige verging sich laut Urteil von 2008 bis 2012 an den sieben bis elf Jahre alten Mädchen. Dabei nutzte er günstige Gelegenheiten bei sich zu Hause. Der Mann war zu Tatzeit Hausmann und galt im Kindergarten als vertrauenswürdig.

In dem seit Januar andauernden Prozess räumte der Angeklagte nur die Übergriffe ein, die er gefilmt hatte. Diese Videos waren nicht-öffentlich im Gerichtssaal gezeigt worden. „Das spricht Bände, genauso wie die als abwegig einzustufenden Einlassungen des Angeklagten“, stellte der Kammervorsitzende in der Urteilsbegründung fest. Demnach hatte der Familienvater in seinen Aussagen unter anderem den Kindern die Verantwortung für seine Taten zuschieben wollen – eine Unrechtseinsicht fehlte.

Die Aussagen der Mädchen wertete die Kammer aber als eindeutig „glaubhaft, präzise, prägnant und ausgewogen“. Es habe keine Hinweise auf Falschbeschuldigungen oder Suggestionen gegeben.

Rentner drohte Zwangsräumung

Polizei klärt Fall um getöteten Landrat

Hamel (wk). Das Motiv für die tödlichen Schüsse im Kreishaus von Hameln ist gefunden: Die drohende Zwangsräumung seines Hauses hat nach Erkenntnissen der Polizei einen möglicherweise verwirrten Rentner zu der Bluttat getrieben. Das teilte die Polizei in Hameln gestern mit. Der 74-Jährige hatte Landrat Rüdiger Butte (SPD) am Freitag in dessen Büro erschossen und sich anschließend mit dem Revolver selber getötet.

Neben dem Verlust des Hauses hätten dem 74-Jährigen weitere Zwangsvollstreckungen sowie der Entzug des Führerscheins gedroht. Dies habe die Auswertung des im Haus des Rentners gefundenen Schriftverkehrs ergeben. Im Briefkopf aller Behörden schreiben des Landkreises Hameln-Pyrmont habe der Landrat gestanden. Statt auf einzelne Sachbearbeiter habe der Rentner seine Wut deshalb möglicherweise auf Butte gerichtet. „Die Gesamtheit der Geschehnisse wird ihn zu der Tat getrieben haben“, sagte ein Polizeisprecher.

Anzeichen von Verwirrtheit hatte die Polizei bei dem Rentner im Januar nach einem Verkehrsunfall mit Bagatellschaden festgestellt, teilte die Kreisverwaltung mit. Der Rentner habe bei der Unfallaufnahme einen verwirrten Eindruck gemacht, der auf eine eventuelle gesundheitliche Beeinträchtigung schließen ließ. Die Führerscheinstelle sei deshalb gebeten worden, die Fahrgenehmung des 74-Jährigen zu überprüfen. Der Rentner, der mit einem Oldtimer-Traktor sowie einem alten Motorrad an Rundfahrten teilnahm, sei zu einer Anhörung ins Straßenverkehrsamt eingeladen worden.

Im Streit mit den Behörden hatte der Rentner bereits einige Jahre zuvor gelegen. Der Landkreis war wegen eines angeblich nicht genehmigten Zaunes aktiv geworden, den der Mann um seine Schafweide gezogen hatte. Als die Behörde die vor Jahrzehnten erteilte Genehmigung wiederherstellte, monierte sie die Höhe des Zauns – er musste verschwinden. Dieser Streit habe für die Bluttat allem Anschein nach keinerlei Rolle mehr gespielt, erklärte die Polizei.

NACHRICHTEN IN KÜRZE

UNFALL AUF BAHNSTRECKE

17-Jähriger liegt im Schotterbett

Lüneburg. Ein 17-Jähriger ist in Lüneburg schwer verletzt auf den Bahngleisen gefunden worden. Eine Anwohnerin hatte Hilfeschreie gehört. Nach Ermittlungen der Bundespolizei könnte der junge Mann von der ersten Regionalbahn gegen 5.30 Uhr angefahren worden sein, teilte ein Sprecher gestern mit. Der 17-Jährige könne sich nicht erinnern, wie er auf die Gleise der Bahnstrecke gekommen sei. Möglicherweise war er zuvor auf einer Party. Es sei nicht auszuschließen, dass er schon vor dem Passieren des ersten Zuges im Schotterbett lag und erst durch den Unfall aufwachte.

STRASSENBAHNVERLÄNGERUNG

Baugenehmigung ist da

Stuhr-Weyhe. Die Verlängerung der Straßenbahnlinie 8 über Stuhr nach Weyhe hat eine große Hürde genommen: Der Planfeststellungsbeschluss für die Strecke von der Bremer Landesgrenze bis nach Leeste (Gemeinde Weyhe) liegt nun vor. Das teilten gestern der Stuhrer Bürgermeister Niels Thomsen und der Weyherer Verwaltungschef Frank Lemmermann mit. „Das ist ein elementarer Schritt in Richtung Inbetriebnahme“, sagte Thomsen. Beide Gemeindeoberhäupter rechnen damit, dass die Bahn im Jahr 2018 in den Betrieb geht. „Wir nähern uns dem Ziel“, so Lemmermann.

KLEINKIND ALLEIN IM AUTO

Passanten rufen Polizei

Braunschweig. Für einen Einkaufsbummel haben Eltern in Braunschweig ihren anderthalb Jahre alten Sohn allein im Auto zurückgelassen. Die Polizei konnte den Kleinen unverletzt befreien. Nach gestrigen Angaben der Ermittler waren die Eltern am Sonntagabend in der Stadt um einzukaufen. Passanten entdeckten den Jungen und alarmierten die Polizei. Unterdessen kamen die Eltern zurück und öffneten auf Drängen der Ermittler das Auto. „Vater und Mutter war gar nicht klar, wie gefährlich so eine Situation werden kann“, sagte ein Polizeisprecher.

UNFALL MIT 3,9 PROMILLE

Fahrt ohne Führerschein

Hannover. Ohne Führerschein, dafür aber mit reichlich Alkohol im Blut hat ein 46-Jähriger in Hannover zwei parkende Autos gerammt und ist geflüchtet. Wie die Polizei mitteilte, verlor der Mann die Kontrolle über sein Fahrzeug und stieß gegen die Wagen. Anstatt auf die Polizei zu warten, flüchtete der Betrunkenen, konnte aber wenig später von den Beamten gestellt werden. Ein Atemalkoholtest ergab einen Wert von 3,9 Promille. Außerdem hatte der Unfallfahrer keinen Führerschein. FOTO: DPA

Bürgerinitiative klagt gegen Krähen-Entscheidung

VON RALF MICHEL

Achim. Der Streit über eine große Krähenpopulation in Achim geht in die nächste juristische Runde. „Wir werden auf jeden Fall wieder klagen“, kündigt Klaus Barfuß, Sprecher einer Bürgerinitiative, den erneuten Gang vor das Verwaltungsgericht Stade an.

Seit Jahren bemühen sich die Anwohner der Verdener Straße erfolglos um eine Ausnahme genehmigung beim Landkreis Verden. Sie wollen einen Teil der unter Naturschutz stehenden Krähen in ihrer Nachbarschaft verjagen dürfen. Anfang 2012 schien in Stade ein Kompromiss gefunden. Zumindest interpretierte Barfuß das Ergebnis einer Verhandlung als Genehmigung,

die Krähen vergrämen zu dürfen. Er schritt umgehend zur Tat. Doch dagegen erließ der Landkreis eine einstweilige Verfügung, wogegen der Achimer wiederum Widerspruch einlegte.

Dessen Bearbeitung durch die Kreisverwaltung dauerte ein Jahr. In diesem Monat erhielt Klaus Barfuß die Ablehnung aus Verden, die es ihm ermöglicht, erneut in Stade zu klagen. Die Folge: Aus 60 Nestern im April 2012 sind inzwischen wieder 200 geworden, Tendenz steigend. „Jetzt haben wir wieder den Zustand wie vorher“, ärgert sich Barfuß.

Derweil hat die Stadt Achim einen anderen Weg eingeschlagen. Sie hat eine holländische Fachfirma beauftragt, zu prüfen, ob man die Krähen umsiedeln kann.



Seit mehreren Jahren sorgt eine große Krähenpopulation in Achim für Ärger. Die betroffenen Bürger wollen jetzt erneut gegen den Landkreis klagen. FOTO: DPA